

Der Kulturstaat und die Bürgergesellschaft

Norbert Lammert

Pablo Picasso soll auf die Frage „Was ist Kunst?“ geantwortet haben: „Wenn ich es wüsste, würde ich es nicht sagen.“ Tatsächlich ist die Bedeutung von Kunst und Kultur im Allgemeinen ebenso unbestritten, wie ihre konkrete Wahrnehmung und Beurteilung umstritten sein mögen. Allein dieser Aspekt verbindet Kunst und Kultur mit der Bürgergesellschaft, von der auch niemand genau weiß, worin sie besteht, aber alle übereinstimmen, dass sie unverzichtbar sei.

Das Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung hat in seinem Grundsatzpapier zur Bürgergesellschaft für weniger Staat und mehr Eigenverantwortung plädiert und dieses Postulat ausdrücklich auch für die Förderung von Kunst und Kultur reklamiert. Dass Kunst und Kultur zur Sinnstiftung, Orientierung und zum Selbstbewusstsein beitragen und deshalb „für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Menschen von größter Bedeutung und damit auch für die Kreativität unserer ganzen Gesellschaft“ wichtig sind, kann als unstrittig gelten. Spannender ist die Frage, welche Verantwortlichkeiten sich daraus für Staat und Gesellschaft ergeben, eine Herausforderung, die verschiedene Länder für sich in einer auffällig unterschiedlichen Weise beantwortet haben.

Kulturation Deutschland

Es gibt viele große Kulturationen. Aber es gibt nur wenige Staaten, die Kunst und Kultur in ähnlicher Weise als öffentliche Aufgaben verstehen und dafür absolut

und relativ so viele öffentliche Mittel einsetzen wie Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland. Über neunzig Prozent der Kulturausgaben in Deutschland werden aus staatlichen Haushalten aufgebracht, weniger als zehn Prozent von Privatpersonen, gemeinnützigen Organisationen und Sponsoren, deren Anteil an der Gesamtfinanzierung regelmäßig überschätzt wird. In den Vereinigten Staaten sind die Relationen beinahe umgekehrt: Kunst und Kulturförderung wird dort als private, nicht als öffentliche Aufgabe verstanden. Es gibt in Deutschland mehr als 130 professionelle Sinfonie- und Kammerorchester, fast so viele wie im Rest der Welt zusammen, davon allein in der Hauptstadt Berlin acht (demnächst noch sieben), im Ruhrgebiet sechs Sinfonieorchester. Die rund 150 öffentlichen, über 200 privaten Theater sowie 37 Festspielhäuser in Deutschland erreichen mit ihrem Theater- und Konzertangebot jährlich fast 35 Millionen Zuschauer. Von über acht Milliarden Euro öffentlicher Kulturfinanzierung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geben die Gemeinden etwa 3,6 Milliarden Euro, die Länder 3,8 Milliarden Euro und der Bund 850 Millionen Euro aus; dazu kommen mehr als eine Milliarde Euro an Bundesmitteln für Programme und Projekte der auswärtigen Kulturpolitik, die als originäre Aufgabe des Bundes hauptsächlich vom Auswärtigen Amt über weitgehend selbstständige Mittlerorganisationen im Ausland eingesetzt werden. Die öffentliche Kulturfinanzierung innerhalb Deutschlands ermöglicht mehr als 600 000

Arbeitsplätze im öffentlichen Kultursektor. Nimmt man die öffentlichen, privatwirtschaftlichen und gemeinnützigen Aktivitäten zusammen, erzielt der Kultursektor in Deutschland einschließlich Film, Rundfunk und Fernsehen nach einer Schätzung des Arbeitskreises Kulturstatistik pro Jahr die stolze Wertschöpfung von deutlich über dreißig Milliarden Euro. Damit entspricht sie etwa derjenigen des Sektors Energieversorgung und liegt wesentlich höher als bei klassischen Wirtschaftszweigen wie Landwirtschaft, Bergbau oder Stahlindustrie.

Zur Konsolidierung ungeeignet

Angesichts solcher Zahlen kann es nicht überraschen, dass die öffentliche Diskussion zur Förderung von Kunst und Kultur durch zwei gegensätzliche Behauptungen gekennzeichnet ist, die etwa gleich weit verbreitet sind: zum einen die Einschätzung, notwendige Einsparungen in öffentlichen Haushalten fänden vorzugsweise bei den Kultureinrichtungen statt, zum anderen die Vermutung, in keinem anderen Bereich werde so viel Geld zum Fenster hinausgeworfen wie in diesem. Für beide Behauptungen finden sich Belege, als Verallgemeinerungen sind sie dennoch falsch. Kein Zweifel: Öffentliche Ausgaben müssen sich rechtfertigen, Kulturausgaben auch. Zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte sind Kulturetats dagegen völlig ungeeignet; dafür ist ihr Anteil an den Gesamtausgaben zu gering und ihre Bedeutung zu hoch. Relativ zum Gesamtvolumen der öffentlichen Haushalte betragen die Kulturausgaben 1,7 Prozent, wobei der Bund nur 0,5 Prozent, die Länder 2 Prozent und die Gemeinden etwa 2,4 Prozent ihrer Ausgaben für Kulturförderung zur Verfügung stellen.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück hat kürzlich beim Festakt einer wichtigen Kulturinstitution seines Landes mit der flapsigen Bemerkung Aufmerksamkeit erregt, das

Abendland gehe nicht unter, wenn die Kulturetats gekürzt werden müssten. Diese Bemerkung ist ebenso zutreffend wie entlarvend. Sie lässt mit dem Buchhalter-Hinweis auf notwendigen Subventionsabbau auch noch das Mindestmaß an Sympathie und Engagement für eine Aufgabe vermissen, die nicht zu den gesetzlichen Verpflichtungen der öffentlichen Haushalte gehört, für die Lebensqualität eines Landes aber gewiss nicht weniger wichtig ist als öffentlicher Personennahverkehr, Müllabfuhr oder Breitensport. Das größte Bundesland der Republik gibt pro Kopf und Jahr ganze sieben Euro für Kunst und Kultur aus. Diesen beschämend-bescheidenen Kulturetat weiter zu beschneiden gefährdet sicher nicht „das Abendland“ (!), vielleicht aber mehr als nur den Ruf eines Ministerpräsidenten, der auch als Regierungschef Finanzminister geblieben ist.

Auch in Zeiten notwendiger Konsolidierung öffentlicher Haushalte mit stagnierenden oder rückläufigen Ausgaben für nicht gesetzlich zwingende Aufgaben bleibt Deutschland glücklicherweise eine reiche Kulturlandschaft mit einem weltweit beispielhaft dichten Netz von Stadt- und Staatstheatern, Museen und Kunstgalerien, Bibliotheken und Volkshochschulen, soziokulturellen Zentren und Bürgerhäusern, Musik- und Jugendkunstschulen. Dazu trägt das bürger-schaftliche, unentgeltliche Engagement vieler Menschen wesentlich bei. Mehr als 3,5 Millionen Menschen sind in Deutschland im Kulturbereich ehrenamtlich aktiv, viele davon in mehreren Vereinen und Einrichtungen gleichzeitig. Der Deutsche Kulturrat hat in seiner Stellungnahme zum Bürgerschaftlichen Engagement in der Kultur vom September des vergangenen Jahres zu Recht darauf hingewiesen, dass diese ehrenamtlichen Aktivitäten das Leistungsspektrum kultureller Einrichtungen nachhaltig erweitern und dazu beitragen, Angebote bürgernah zu orga-

nisieren, die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Kultureinrichtungen der eigenen Stadt zu erhöhen und möglichst vielen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich am kulturellen Leben aktiv zu beteiligen:

- in über 400 Kunstvereinen engagieren sich zirka 150 000 Bürgerinnen und Bürger; ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirken als Vermittler, Spendensammler, Buchhalter, Kuratoren oder in der Aufsicht von Ausstellungen,
- in mehr als 200 literarischen Gesellschaften setzen sich rund 70 000 Bürgerinnen und Bürger für Autoren und deren Werke ein,
- in mehr als 60 000 weltlichen und kirchlichen Chören sind weit mehr als eine Million Sängerinnen und Sänger aktiv, deren Proben und Aufführungen von einer fast gleich großen Zahl passiver Mitglieder unterstützend begleitet werden,
- in mehr als 30 000 Instrumentalgruppen musizieren etwa 700 000 Frauen und Männer aus beinahe allen Alters- und Bevölkerungsgruppen.

Die Chöre und Orchester des Laienmusizierens leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur musikalischen Aus- und Fortbildung ihrer Mitglieder, sondern darüber hinaus auch zur sozialen Integration verschiedener Altersgruppen, nationaler Zugehörigkeiten und sozialer Milieus. Ohne ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement wäre das Angebot vieler öffentlicher Museen, Bibliotheken und soziokultureller Zentren gar nicht aufrechtzuerhalten.

Dabei ist neben dem Beitrag zur Sicherung eines breiten Angebotes auch die Rekrutierung einer ausreichenden Nachfrage für kulturelle Angebote von gleich großer Bedeutung.

Aus grundsätzlichen wie aus praktischen Gründen kann der Kulturstaat seinen Ansprüchen nur genügen, wenn

*Kunst und Kultur
tragen zur Kreativität
der ganzen Gesellschaft bei:
Eine junge Frau betrachtet in den
Kunstsammlungen Chemnitz
Lithografien aus dem Jahre 1892
von Henri de Toulouse-Lautrec
(1864–1901).*

© dpa, Foto: Wolfgang Thieme



er von einer engagierten Bürgergesellschaft getragen und getrieben wird. Dies gilt sowohl für die innere Legitimation und Mehrheitsfähigkeit steuerfinanzierter Kulturausgaben als auch und erst recht für deren notwendige Ergänzung durch privatwirtschaftliche und gemeinnützige Aufwendungen. Dabei erwarten Stifter und Spender zu Recht, dass die von ihnen zur Verfügung gestellten Mittel nicht *statt* öffentlicher Ausgaben, sondern zusätzlich bereitgestellt werden, um Programme und Projekte möglich zu machen, die das vorhandene Angebot ergänzen sollen. Mit dem vor wenigen Jahren gründlich reformierten Stiftungsrecht, vor allem dem neuen Stiftungssteuerrecht, bestehen dafür bessere Voraussetzungen, von denen glücklicherweise immer häufiger und in beachtlichen Größenordnungen Gebrauch gemacht wird.

Zurzeit gibt es in Deutschland fast 12 000 Stiftungen, die zusammen über

ein Kapital von rund 25 Milliarden Euro verfügen, deren Erträge für gemeinnützige Zwecke verwendet werden, ein beachtlicher Anteil auch zur Förderung von Kunst und Kultur, und jedes Jahr kommen 800 bis 1000 neue Stiftungen hinzu.

Ein unverzichtbares Engagement

In Krisenzeiten, die schmerzliche Einsparungen sowie Verzicht auf Angebote und Leistungen erfordern, wird gerne an die Mündigkeit und das Verantwortungsgefühl des Bürgers appelliert. Diese Herausforderung wird von vielen Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, bürgerschaftlichen Vereinen und Verbänden mit zum Teil erstaunlichem Zeiteinsatz ehrenamtlich tätiger Mitglieder aufgegriffen. Die Bürgergesellschaft ist längst zur unverzichtbaren Ergänzung des Sozialstaates wie des Kulturstaates geworden. Sie trägt zur ökonomischen Leistungsfähigkeit sozialer wie kultureller Einrichtungen ebenso bei wie zu ihrer gesellschaftlichen Verankerung. In einer Zeit verbreiteter Politikverdrossenheit demonstriert sie die gemeinsame Verantwortung des Staates wie der Gesellschaft für das Gemeinwohl. Die Bürgergesellschaft ist weder Ersatz noch Alternative zu staatlichen Strukturen; sie ist umso wirkungsvoller, je weniger man Staat und Gesellschaft mit ihren jeweiligen Verantwortlichkeiten wechselseitig gegeneinander in Stellung bringt, wie es ein von unbekannten Sponsoren finanziell großzügig ausgestatteter „Bürgerkonvent“ in ganzseitigen Anzeigen mit der zweifelhaften Forderung tut: „Beenden wir die Vormundschaft des Staates, schaffen wir eine Bürgergesellschaft!“ Richtig ist vielmehr, dass eine kann das andere Engagement nicht ersetzen, auch und

gerade nicht in der Förderung von Kunst und Kultur.

Der Staat ist nicht für Kunst und Kultur zuständig, wohl aber für die Bedingungen, unter denen sie stattfinden. Der im Grundsatzpapier der Konrad-Adenauer-Stiftung geforderte „Aufbruch in die Bürgergesellschaft“ ist nicht der Abschied vom Staat, sondern der Aufruf zu mehr Eigenverantwortung. Damit dies gelingt, muss bürgerschaftliches Engagement angemessene Rahmenbedingungen erhalten. Dazu gehört nicht zuletzt die Selbstbindung des Staates an langfristige Zuwendungsverträge. Öffentliches und privates Engagement müssen sich aufeinander verlassen können.

Über den Stellenwert von Kunst und Kultur für eine moderne Gesellschaft wird gerne und gelegentlich mit fundamentalistischem Eifer gestritten. Dabei werden ganz unterschiedliche Erwartungen und Ansprüche deutlich. Nach den Beobachtungen des britischen Intendanten der Bayerischen Staatsoper, Sir Peter Jonas, muss „in einem Land wie England die Kunst Entertainment sein – sie muss ein gesellschaftliches Ereignis sein. In Frankreich muss sie eine gewisse Kulinarik haben, eine gewisse Pomposität und ein bisschen Grandezza. In Deutschland muss die Kunst ernst sein, ein Konzept haben, muss intellektuell logisch sein, und sie sollte interpretieren.“ Was Kunst ist und welche Kultur gebraucht wird, ist jedenfalls nicht hoheitlich zu beantworten, aber dass Kultur notwendig ist für den Staat und die Gesellschaft, dass sie jeweils ihre eigene Verantwortung haben und dass ein Kulturstaat nur dann existiert, wenn die Bürgergesellschaft diese Verantwortung wahrnimmt, daran kann es keinen Zweifel geben.